

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag bei C. Merck'schen Buchdruckerei (Jahres D. Strom) für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Nr. 259.

Neuenbürg, Montag, den 3. November 1924.

82. Jahrgang.

Deutschland.

Stuttgart, 31. Okt. Die Abgeordneten Mergenthaler und Dr. Steiner haben folgende kleine Anfrage an das Staatsministerium gerichtet: Infolge der Abkündigung der Unterhaltungsleistungen für die meisten Krüppel in Weßling gekommen. Dadurch ist in vielen Fällen eine sehr große Notlage entstanden. Etwas abgebauten Beamten und anderer Volksgenossen, die durch die Geldentwertung und Nichtaufwertung um ihre Erwerbsmittel betrogen worden sind, können teilweise ihre Existenz nicht zu Ende führen. Unter solchen Umständen werden künftig in der Hauptstadt die Kräfte der Krüppel-, Revolutions- und Infanzionsgewinnler den Nachwuchs für das künftige Beamtentum liefern. Da eine solche Entwicklung nicht dem Wohle des Volkes dient, fragen wir das Staatsministerium, was es zu tun gedenkt, um dieser Notlage abzuhelfen.

Stuttgart, 1. Nov. Von unzulänglicher Seite wird mitgeteilt: Gegen das vom württ. Ministerium des Innern ausgesprochene Verbot der Südb. Arbeiterzeitung vom 17. 9. bis 12. 10. je einschließlich letzten Verlags und Schriftleitung beim Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik Beschwerde eingelegt. Die Beschwerde wurde als unbegründet verworfen und die Kosten den Beschwerdeführern zur Last gelegt.

Karlsruhe, 1. Nov. Der kommunalistische Abgeordnete Koch in Pörsch hat wegen Erkrankung um Entlassung von seinem Posten als Stadtrat nachgesucht. Es wurde bereits ein Nachfolger ernannt.

Karlsruhe, 2. Nov. Vom Landbund und von der Deutschen nationalen Volkspartei in Baden ist der Vorschlag gemacht worden, daß sich die Deutsche Volkspartei mit ihnen zur Bildung einer gemeinsamen Reichstagswahlliste in Baden zusammenschließen möchte. Der geschäftsführende Ausschuss der Deutschen Volkspartei beschloß sich gegen mit dieser Anregung. Er hat sich von der Zweckmäßigkeit dieses Vorschlags nicht überzeugen können. Die Deutsche Volkspartei hat seit Monaten unentwegt das Ziel verfolgt, zur Fortführung nationaler Realpolitik und zur inneren Konsolidierung den Kräftezustand von Arbeiterregierungen durch Verwirklichung einer tragfähigen Regierungsmehrheit bürgerlicher Fraktionen zu befähigen. Das Ziel ist auf dem vorgezeichneten Wege der gemeinschaftlichen Liste schwerer zu erreichen als durch getrenntes Vorgehen.

Weimar, 1. Nov. In einer Rotverordnung der Thüringer Regierung vom 30. Oktober wird der Fasttag in Thüringen wieder zum gesetzlichen Feiertag erklärt und in einer zweiten Rotverordnung wird der gesetzliche Feiertag am 9. November in Thüringen aufgehoben. Die Rotverordnungen treten sofort in Kraft.

Berlin, 31. Okt. Das Berliner Polizeipräsidium teilt mit: Der wegen Vorbereitung zum Hochverrat zum Oberreichsanwalt geschickte bisherige Reichstagsabgeordnete Decker, Leiter der Abteilung der Generalkasse der kommunistischen Partei, ist heute in Berlin festgenommen und dem Untersuchungsrichter vorgeführt worden. Er nannte sich hier Schleifer Reuß aus Essen. Das Transier-Komitee hat gestern in Berlin seine erste Sitzung abgehalten, nachdem Owen Young die Geschäfte an Parzer Wilder übergeben hatte. Die bürgerlichen Festungen Weßling haben infolge Streiks der Buchdrucker ihr Erscheinen eingestellt. Nur die sozialdemokratische „Volkswacht“ ist erschienen. Auch einzelne Provinzsetzungen haben ihr Erscheinen eingestellt.

Berlin, 1. Nov. In der Zeit vom 8. September, dem Beginn der Generalinspektion, bis zum 25. Oktober, sind im Ganzen 798 Kontrollbefehle durch die J. R. A. A. ausgeführt worden. Hiervon entfallen auf Truppenstärke 136, Beamten 117, Dienststellen in der Deeresverwaltung 83, Polizei 25 und Hilfskräfte 252.

Berlin, 1. Nov. Ministerialrat Dr. Roer-Berlin ist zum Oberbürgermeister von Bodoim gewählt worden, nicht wie gemeldet, zum Oberbürgermeister von Dortmund.

Folgen des Beamtenabbaus.

Man schreibt uns: Die Folgen des Beamtenabbaus haben sich bis auf den heutigen Tag geltend gemacht. Schlechte und langsame Arbeit ist die erste Folge. Eine weitere Folge wird sich aber noch am Geldbeutel des Staates zeigen. Viele Beamte sind nur abgebaut worden, weil das von ihnen seit langem veraltete Amt aufgehoben worden ist. In diesem Falle unterliegt ihre deswegen erfolgte Veretzung in den einflussreichen Ruhestand der Nachprüfung durch die Gerichte. Eine Aufhebung eines Amtes liegt nicht vor, wenn nur die Stelle, die ein Beamter bisher bekleidet hat, in Fortfall kommt, das Amt selbst aber durch Übertragung auf andere Stellen bestehen bleibt. Ist ein Beamter in den Ruhestand versetzt worden, weil sein Amt aufgehoben sei, so kann die Berechtigung dieser Maßnahme nicht nachträglich damit begründet werden, daß tatsächlich eine Aufhebung des Amtes vorgelegen habe. In diesem Sinne haben sich bereits einige Gerichte zurecht ausgesprochen. Wenn also Beamte abgebaut worden sind, weil die Aufgaben der Behörde, bei der sie angestellt waren, anderen Behörden übertragen worden sind und hierauf ihr Amt aufgehoben worden ist, so war ihr Abbau nicht zulässig. Es steht den betr. Beamten ein Anspruch auf volles Gehalt zu. Dieser Anspruch ist auf dem Zivilrechtsweg verfolgbar. Er wird in den anderen Staaten tatsächlich schon begangen. Der Bund für abgebaute Beamte wird zweifellos weitere Fälle vor das Gericht bringen. Nach diesen Richtlinien konnten also in Württemberg die Beamten der Kreisregierungen nicht in einflussreichen Ruhestand versetzt werden, denn ihre Stellen sind nicht aufgehoben, sondern nur anderen Beamten übertragen worden.

Aus dem besetzten Gebiet.

Obermedizinalrat und Gerichtsrat Dr. Franz in Frankenthal ist von dem französischen Militärgericht in Landau unter der Anklage einer beleidigenden Haltung gegenüber den

Besatzungsbehörden zu 25 Tagen Gefängnis und 700 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Er war von zwei französischen Waldwärttern auf der Jagd angehalten und aufgefordert worden, seinen Kuss sowie seinen Waffen- und Jagdschein vorzuzeigen. Da die zwei französischen Waldwärtter nicht uniformiert waren — der eine war in Zivil, der andere trug nur ein Käppi und eine Uniformhose — und da sie sich nicht legitimierten, weigerte sich Dr. Franz, dem Verlangen der beiden Waldwärtter nachzukommen, zumal er ihre Berechtigung, polizeiliche Maßnahmen auszuüben, bestritt. Auf dem Bürgermeisterrat hat sich jedoch Dr. Franz dann in Gegenwart der beiden Waldwärtter ohne weiteres angeschlossen. Seine Verurteilung, über die am 22. August d. J. vor dem französischen Revolutionsgericht in Mainz verhandelt wurde, blieb ohne Erfolg. Die Verhaftung des Obermedizinalrats Dr. Franz hat in der Bevölkerung große Erregung hervorgerufen.

Die Belgier räumen die erste Zone am 10. Januar.

Köln, 1. Nov. Der „Kölnische Volksanz.“ wird aus Düsseldorf gemeldet, daß nach Mitteilung von zuständigen belgischer Seite die belgischen Truppen am 10. Januar die erste Zone des besetzten Gebiets räumen werden.

Ein Minister, der sein eigenes Werk beschlagnahmt.

Eine kuriose Geschichte hat sich in Dresden zugetragen. Ministerpräsident Held hat vor kurzem, zugleich im Auftrag der übrigen sozialistischen Minister, eine Schrift herausgegeben, worin die völlige Unfähigkeit und der Antisemitismus linkssozialistischer Minister geachtet wurde. Da darin das deutliche Agitationsmaterial gegen die S. P. D. enthalten war, ließ die Deutsche nationale Volkspartei die Schrift nachprüfen und verbreiten. Darauf erwirkte Held eine einseitige Verfügung beim Landgericht Dresden, auf Grund deren in der Druckerei und der Geschäftsstelle der Deutschen nationalen Partei eingekerkert wurde. Natürlich fand die Polizei nicht in Exemplar der ministeriellen Schrift vor, dagegen wurden die Druckplatten vernichtet. Gegen die Verfügung wurde Einspruch erhoben.

Austritt aus der Demokratischen Partei.

Dem „Lokalanzeiger“ wird aus München gemeldet: Der bayerische Staatskommissar im Ministerium des Innern, Regierungsdirektor Wappes, ist aus der demokratischen Partei ausgetreten und hat sich bei der Deutschen Volkspartei als Mitglied gemeldet. Ein weiterer aufsehenerregender Austritt wird aus Hof gemeldet, wo einer der führenden Männer in den bayerischen Mittelstandsorganisationen, der langjährige Landtagsabgeordnete Wäldermeister Schreyer, der bisher der demokratischen Partei angehörte, eine Reichstagskandidatur für den bayerischen Mittelstandsbund (Deutsche Wirtschaftspartei) angenommen hat. — Die Mitglieder der Ortsgruppe Stolberg der Deutsch demokratischen Partei lösten in überwiegender Mehrheit den Beschluß, aus der Partei auszutreten und zur Deutschen Volkspartei überzugehen, weil ihnen die Politik der Parteileitung nicht mehr zusagt.

Graf Bernstorff für die Einigung des Liberalismus.

Berlin, 1. Nov. Graf Bernstorff, der morgen auf dem demokratischen Parteitag über seine Auffassung, daß die demokratische Partei eine Mittelpartei bleiben müsse, sprechen wird, erklärt schon jetzt in der Zeitschrift „Deutsche Einheit“: „Die große republikanisch liberale Vereinigung darf nicht ein Traumm bleiben, sondern muß das Ziel praktischer Politik sein. Für diesen Gedanken sollte auch unsere Wirtschaft Verständnis haben, denn wir leben nicht auf einer einsamen Insel, sondern im Zentrum Europas und müssen uns einfügen, wenn wir wieder wirtschaftlich und politisch aufsteigen wollen.“ In demselben Artikel führt Graf Bernstorff aus, die Deutschen nationalen hätten selbst wissen müssen, daß ihre Beteiligung an der Regierung angeblich außenpolitisch untragbar gewesen sei. Es wäre patriotische Pflicht der Deutschen nationalen gewesen, mit ihren Forderungen zu warten, bis das Ruhrgebiet und Köln geräumt und wir mit einem Ratssitze im Völkerverbund aufgenommen wären. Das vorzeitige Verlassen des Bürgerblocks, das uns würde dazu führen, daß die Sozialdemokratie einen Gewinn von mindestens 50 Prozent erzielen würde.

Ausland.

Paris, 1. Nov. Prinz Cyrill von Rußland hat angesichts des Widerstandes der Kaiserin-Witwe Maria gegen seine Erkrönung zum Jaren aller Kriegen einen Brief an diese gerichtet, den der „Gaulois“ veröffentlicht. Prinz Cyrill läßt darin seine Kandidatur auf den Thron in Rußland ansetzen, erklärt sich aber bereit, direkte Nachkommen der Kaiserin-Witwe, wenn solche vorhanden seien, als berechtigte Thronfolger anzuerkennen.

Madrid, 1. Nov. Die Generale Berenguer und Davabia sind zu je 6 Monaten Festung verurteilt worden, weil sie an einer politischen Versammlung teilgenommen haben.

London, 1. Nov. Reuter erfährt aus Tokio, daß nach einem von Tschangschin veröffentlichten Communiqué die Truppen der Mandchuren die Städte Schanhaiwan, Schinwanjiang und Behaiho einnahmen, 30 000 Tschangschin gefangen genommen und 100 Kanonen erbeutet haben.

Velfast, 1. Nov. De Valera wurde zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Er wurde während des Wahlkampfes verhaftet.

Nationalistischer Druck auf Herriot.

Paris, 1. Nov. Endlich ist es den Gegnern des Kabinetts Herriot mit Hilfe gewisser englischer politischer Freunde gelungen, einige schärfere Anklagen gegen den französischen Ministerpräsidenten zu erheben, damit nun auch in Paris eine Krise eintreten kann. Herriot wird vor allem zum Vorwurf gemacht, daß er sich demütig habe, durch die Anerkennung Sowjetrußlands Macdonald im letzten Augenblick zu helfen. Im „Matin“ schreibt Sauertein, daß Baldwin vor einigen Tagen an Her-

riot einen Brief gerichtet habe, in dem er folgendes erklärt: 1. Herriot möge sich nicht mit Macdonald weiterhin auf freundschaftlichen Fuß stellen, denn Macdonald würde in den nächsten Wahlen vollkommen geschlagen werden. 2. Herriot möge gegenüber Rußland sehr vorsichtig sein, denn die nächste englische Regierung werde verschiedene Konzeptionen gegenüber Rußland zurückziehen. 3. Teilt Baldwin mit, daß Herriot seine Annäherungspolitik gegenüber Deutschland nicht zu weit treiben möge, denn England würde in diesem Falle nicht mehr mitziehen können. Sauertein erklärt, daß es sich hier um Gerüchte handle, aber er zieht doch sehr weitgehende Schlüsse aus den Gerüchten. Er sagt nämlich, daß es jetzt zu einem wichtigen Gedanken-austausch zwischen dem künftigen englischen Kabinett und dem Kabinett Herriot kommen müsse. Insbesondere wird darüber gesprochen werden müssen, wie weit das konservative Kabinett die von Macdonald gegebenen Versprechen zu erfüllen gedenkt. Es ist besonders für Frankreich wichtig, sehr bald zu erfahren, ob die Streichung der französischen Schulden und die Regelung der Räumung des Kölner Verkehrs ebenso gebahnt werden soll, wie unter dem Kabinett Macdonald.

Im den Sinajew-Brief.

In Londoner politischen Kreisen ist man überzeugt, daß Macdonald, wenn sich der russische Brief als gefälscht herausstellt, am Montag ihren Bericht erstatten würde, der russischen Regierung im Namen der englischen Entschuldigungen auszuweisen würde.

Verteidigung in Moskau über Macdonalds Niederlage.

Das Ergebnis der englischen Wahlen wurde in Moskau als eine verdiente Niederlage Macdonalds angesehen. Es wird ihm der Vorwurf gemacht, daß er sich bei dem Präsidentschaft mit dem Sinajew-Brief zweideutig verhalten und diese Waffe nicht entschieden genug den Händen der Konservativen entnommen habe. Auch die Wahlen und der Endgipfel der Konservativen wird in der Sowjetöffentlichkeit als der erste Teil eines großen Klassenkampfes zwischen den Bürgerlichen und der Arbeiterpartei angesehen.

Amerika und Baldwin's Sieg.

New York, 31. Okt. Die amerikanische Presse kommentiert das englische Wahlergebnis und erörtert dabei besonders den Einfluß, den es auf Amerika, Frankreich und Deutschland haben könnte, weil heute selbst die nationalen Parteien international verknüpft seien. Deutschland werde hoffentlich den Irrtum, seine Konservativen den englischen gleichzusetzen, vermeiden. Die letzteren seien urdemokratisch, während die ersteren diesem Zeitgeist fremd seien. Die Stellung Herriots gilt als gefährdet, weil Baldwin weniger entgegenkommend als Macdonald sein dürfte und es mit Rußland bald zu Differenzen kommen könnte. Wirtschaftlich wird eine Rückkehr zur alten konservativen Politik nicht befürchtet, da diese von der Wählerschaft im vorigen Jahre scharf abgelehnt wurde.

Aus Stadi, Bezirk und Umgebung.

Neuenbürg, 3. Nov. Eng. Nagold und Wecker führten infolge der andauernden Regengüsse Dampfer und traten vielfach über die Ufer, ohne indessen nennenswerten Schaden anzurichten. Erfreulicherweise ist inzwischen das Dampfer bereits zurückgegangenen.

Neuenbürg, 31. Okt. (Das Schwert unserer Kinder.) Jetzt kommt wieder die Zeit, wo die Mütter ihre Buben und Mädchen mit Sorgen zur Schule geben sehen. Wie häufig bringt gerade jetzt die kleine Gesellschaft Husten, Schnupfen, Halsentzündung und Schlimmeres mit nach Hause. Und meistens rühren diese Krankheiten von nasen und kalten Füßen her. Man weiß ja: trotz eingelegter Wadungen werden gewöhnlich die schmerzhaftesten Entzündungen benützt. Welches Vergnügen, durch Wägen zu verätzen oder im Saucer herumzulassen. Gummischuhe sind ungeliebt oder werden häufig verloren. Da ist es Pflicht jeder Mutter, das Schwert vor zu benutzen, daß es Blase und Rüste nicht durchschlägt. Da heißt es zuerst: richtig einwaschen. Man wähle festes Kalbleber mit Doppellochen und breiter Kante, die bis oben festhalten ist, so wie wir sie von den Bergsteigern kennen. Wie dürfen die Stiefel zu eng sein, damit man eine Einlegesohle hineinlegen kann, die man in genügender Zahl anschafft, daß man sie täglich auswechseln kann. Die neuen Sohlen werden so lange mit warmem Seifen getränkt, bis sie das Fett nicht mehr annehmen. Dann macht man durch stetes Einweichen mit erwärmtem Rizinusöl das Oberleder wasserfest. Nach jedem Reinschalen wiederholt man das Verfahren, doch muß man bei gebrauchten Stiefeln erst das Oberleder gehörig abwischen und trocknen lassen. Wenn man die Stiefel so behandelt, spart man viel Ausbesserungskosten, denn die Sohlen und das Leder sind viel haltbarer geworden. Kommen die Kinder bei Schnee- und Regenwetter nach Hause, so müssen sie sofort das Schwert ausziehen; es wird auf Stiefelblöße gestellt oder mit Papier ausgestopft und zum Trocknen in ein warmes Zimmer gestellt, aber nie auf den Ofen.

Neuenbürg, 1. Okt. (Der November.) Der November steht im Begriff, seine Herrschaft anzutreten. Der 9. Monat geht seinen, weil er im altrömischen Kalender der 9. Monat war, gilt er im allgemeinen als mürrischer, unfreundlicher Geist, der in seinem Charakter durch die Mischung von lechter, harter Schönheit und frohger, unbehaglicher, auf den Winter weisender Strenge einen unangenehmen Widerspiel zeigt. Im Deutschen heißt er treffend — wenigstens soweit die unsere himmlischen Verhältnisse anlangt — Wind- und Nebelmonat, auch Rebell genannt. Wind, oft Sturmwind und Nebel sind auch gewöhnlich die treuesten Begleiter dieses ungemütlichen Verrent. Wenn der November seine Herrschaft antritt, hat sich meist das Aussehen der Natur sehr wesentlich geändert. Der prächtige, farbenreiche Spätsommerwald hat eine monotonere Färbung

Bahnlinie Schönm...

Der Lebenshänge...

Murgwerkes, das...

auslieferung Kle...

den Lebensmide...

Der Gemeinderat...

erklärend aus...

am beschwillen...

ne Härte dem...

Verhafteter Mordmörder. In der Nacht zum 29. Oktober wurde eine Theresie Braunels von Münden in Blütlung ermordet und beraubt. Als Täter kommt der Rousteur Mark...

Man verpflichtet, eine Zeitung zu lesen? Im Reich ist darüber nichts gesagt, wohl aber besagt der hier in Frage kom...

Außerhalb in Ausland. Das russische Volkswirtschaftliche Komitee für Geschäftsverkehr hat ein allgemeines Verkaufsverbot erlassen. Das Verbot richtet sich vor allem gegen die bauerliche Sitte...

Stuttgart, 1. Novbr. (Obst- und Gemüse-Großmarkt). Obst: Erdäpfel 15-20, Tafeläpfel 8-15, Schüffel, Fohl- und Mostäpfel...

Neueste Nachrichten. Stuttgart, 2. Nov. Der bisherige Reichstagsabgeordnete Alfred Roth, der der deutsch-nationalen Fraktion angehö...

Stuttgart, 2. Nov. Wegen eines Vergehens gegen das Gesetz zum Schutze der Republik war Dr. Kallenboed vom Schöffengericht Kirchheim zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt worden. Dieses Urteil wurde später von der Strafkammer Uin aufgehoben. Bei der Verhandlung vor dem Kirchheimer Schöffengericht kam es zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen dem Vorsitzenden, Amtsrichter Veitmann und dem Angeklagten, der dem Gericht unterföhrte Rechtsbeugung vorgeworfen hatte. Wegen dieser Verleumdung wurde Dr. Kallenboed vom Schöffengericht Cannstatt zu 150 M. Geldstrafe verurteilt. Aber auch dieses Urteil wurde im Berufungsverfahren vom Landgericht Stuttgart aufgehoben und der Angeklagte unter Uebernahme der Kosten auf die Staatskasse freigesprochen.

Neustadt a. D., 2. Nov. Die Deutsche Volkspartei der Pfalz hielt heute ihren von über 250 Delegierten besetzten Vertretertag ab, der die erste Zentralversammlung darstellt, welche die Pfalzpartei seit zwei Jahren wieder in der Heimat abhalten konnte. Der Vorsitzende, Abg. Burger, begrüßte vor allem die vielen, zum Teil erst in der letzten Woche heimgekehrten und dankte unter lebhaftem Beifall der Reichstagsfraktion und Dr. Stresemann für die erzielten Erfolge, die besetzten Gebiete wieder in Zusammenhang mit dem deutschen Vaterland gebracht zu haben. Nach einem Referat des Reichstagsabgeordneten Japp über die politischen Ereignisse der letzten Monate beschloß die Vertreterversammlung, selbständig in den Wahlkampf einzutreten.

Saarbrücken, 2. Nov. Infolge der anhaltenden Regenfälle der letzten Tage fährt die Saar starkes Hochwasser. Zur Stunde ist eine Wasserhöhe von 7 Metern zu verzeichnen. Innerhalb der Stadt Saarbrücken sind die gärtnerischen Anlagen, sowie die Erdgeschosse der Häuser in den angrenzenden Straßen unter Wasser gesetzt. Umfangreiche Verkehrsstörungen sind zu verzeichnen. Verschiedene Ortschaften sind vom Verkehr abgeschnitten.

Weimar, 2. Nov. Die kommunistische Fraktion des thüringischen Landtags hat einen Antrag auf sofortige Einberufung des Landtags mit der Tagesordnung: „Auflösung des Landtags“ eingebracht. Die Einberufung des Landtags ist von der Unterstützung der sozialdemokratischen Fraktion abhängig, die zu erwarten ist.

getrennt und die Studenten in Schutzhaft genommen. Nach Auflösung des Lagers kam es noch am Hafenplatz in Spandau zwischen einzelnen kleineren Trupps von „Schwarz-rot-gold“ und Angehörigen des „Jungferntum“ zu Reibereien, die jedoch im Keime erstickt wurden.

Berlin, 2. November. Zu der Nordangelegenheit im Halbauner Gerichtsgefängnis, wo ein Justizwachtmeister nebst seiner Frau und seiner Tochter ermordet und das Gerichtsgebäude in Brand gesteckt wurde, berichten die Blätter, daß der einzige Inhaftete auf Grund eines Indizienbeweises der Täterschaft überführt worden sei. Der Gefangene, der in kurzer Zeit entlassen werden sollte, hat um sich Büchermittel zu verschaffen, die Familie des Justizwachtmeisters ermordet, die Wohnung ausgeraubt und darauf das Feuer angelegt. Am den Verdacht der Täterschaft von sich abzuwälzen, hat er sich wieder in seine Zelle eingeschlossen, indem er die Tür aus den Angeln hob, den Niegel von außen vorschob und dann die Tür von innen wieder einsehzte.

Berlin, 2. Nov. Auf der heutigen Tagung des Reichshandwerksausschusses der Deutschen Volkspartei wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, worin das in der Deutschen Volkspartei vereinigte Handwerk von der Partei verlangt, daß diese sich mit aller Kraft für die Schaffung eines selbständigen Staatssekretariats für das Handwerk einsetzt und daß das Handwerk eine genügende Vertretung auf der volksparteilichen Liste für die kommenden Reichstags- und Landtagswahlen erhält, sowie daß von der Partei nur solche Kandidaten aufgestellt werden, die dafür eintreten, daß endlich der Reichstag den Entwurf einer neuen Reichshandwerksordnung zur Verabschiedung bringt.

Agram, 2. Novbr. Am Allerheiligentag veranstalteten die Kommunisten eine Kundgebung, in deren Verlauf es zu Zusammenstößen mit der Polizei kam. Ein Polizeikommissar und ein Kommunist sind verletzt.

Paris, 3. Novbr. Der Nationalrat der sozialistischen Partei hat einstimmig eine Tagesordnung angenommen, die bestimmt, daß die Unterstützungspolitik gegenüber der Regierung Verriot solange besteht, wie diese die Nationalrat der sozialistischen Partei das Mandat erneuert, das der Kongreß vom 2. Juni der Partei gegeben habe.

Paris, 1. Nov. Die Kommunistin Germaine Bertoin, die in der Abdaktion der „Action Francaise“ einen Führer der Camelots du Roi erschossen hatte und vom Schwurgericht freigesprochen worden war, hat heute vormittag, nachdem sie in der Nacht vorher vergeblich einen Versuch gemacht hatte, sich zu erschließen, Gift genommen. Ihr Zustand ist ernst, aber nicht gefährlich. Sie gibt an, daß sie aus persönlichen Gründen Selbstmord habe verüben wollen.

Paris, 2. Nov. Hanas meldet aus Peking, die Demission des Präsidenten der Republik Tsao-Kun sei vorbereitet und werde wahrscheinlich morgen dem Parlament unterbreitet werden. Reisende, die den internationalen Zug benutzten, berichteten, daß auf der Höhe von Jangjun (?) sich Kämpfe entwickelten. Sie wollen Wapetu in dem Eisenbahngang gesehen haben. Man glaube, daß sich seine Stellung befestige, da sich seine Truppen wieder sammelten. Er werde sich wahrscheinlich nach Süden begeben.

Brüssel, 2. Nov. Der Wehrminister hat die Schleißung eines Teils der Forts von Namur beschlossen. Die Forts Marchevette und Malonne dürften aus historischen und ästhetischen Gründen erhalten bleiben.

London, 1. Nov. Viele Minister des Arbeiterkabinetts sind im Bezirk, in ihre früheren Stellungen in den Gewerkschaften zurückgekehrt.

das eine Proklamation des früheren Kronprinzen Rupprecht nach dem Novemberputz nicht erklärt hat und nicht geplant gewesen sei.

Der Abbau der Regiebahn. Frankfurt, 2. Nov. Der Abbau der Regiebahndirektion, der mit einem großen Beamtenapparat arbeitenden Rainer Justizstelle, wird durch täglich erfolgende Ablösungen soweit vorbereitet, daß am 18. November der größte Teil der französischen und belgischen Beamten und Angestellten mit ihren Familien Mainz und das besetzte Gebiet verlassen haben werden. Es werden nur diejenigen Beamten zurückbleiben, die zur Abwicklung der unvermeidlichen Rechtsgeschäfte, deren Erledigung vor dem 16. November technisch nicht möglich war, unbedingt erforderlich sind. Die Zahl dieser noch zurückbleibenden Beamten wird aber keineswegs eine beträchtliche sein. Die meisten der jetzt zurückkehrenden Regiebeamten waren verheiratet und hatten Wohnungen inne, die ihnen von der militärischen Bureau des Logements zur Verfügung gestellt worden waren. Wie sie Mainz verlassen, haben sie eine Bescheinigung darüber beizubringen, daß sie die Wohnungen in tadellosem Zustand verlassen haben. Erst dann wird ihnen ein Vierteljahresgehalt, eine Art von Gnadengehalt, ausbezahlt. Die Hoffnung aber, daß diese Wohnungen dann den in den Dienst der Reichsbahn wieder eingetretene früher ausgewiesenen deutschen Beamten mit ihren Familien freigegeben werden, erfüllt sich leider nicht. Man kann wenigstens nicht von einer Freigabe in großem Umfang reden, da in Mainz infolge Umrüstung der das Ruhrgebiet besetzenden Truppen jede Wohngelegenheit von den militärischen Stellen in Anspruch genommen wird.

Völlige Verwahrlosung. Offen, 2. Nov. Nach Uebergabe der bisher von der Regieverwaltung betriebenen Schachanlagen Victor und Idern an die Beamtungen der rheinisch-westfälischen Klüderwerke, in deren Besitz sich die genannten Sachen befinden, stellte sich heraus, daß 100 Koksöfen so stark heruntergewirtschaftet waren, daß sie sofort außer Betrieb gesetzt werden mußten. Die Hälfte dieser Öfen wird voraussichtlich überhaupt nicht mehr in Betrieb genommen werden können. Ebenso mußte auch die neue elektrische Zentrale wegen dringender großer Reparaturen stillgelegt werden. Unter Tage liegen die Dinge ebenso, da die französische Verwaltung Raubbau treiben ließ und die notwendigen Erneuerungs- und Unterhaltungsarbeiten nicht vornahm. Der Schaden, der den Schachanlagen durch die französische Regie enthanden ist, läßt sich zur Zeit nicht abschätzen.

Deutsch demokratische Reichsparteitag. Berlin, 2. Nov. Im Sitzungssaal des preussischen Landtags fand heute der außerordentliche Parteitag der Deutschen demokratischen Partei statt. Außer den Parteiführern Koch und Eckerling waren u. a. noch der preussische Landwirtschaftsminister Wendorf, Graf Bernstorff und Oberbürgermeister Petterien anwesend. Reichsminister a. D. Koch gab zunächst einen eingehenden Bericht über die politische Lage und verteidigte die bisherige Politik der demokratischen Partei. Er betonte, daß die Ueberzeugung von der Richtigkeit dieser Politik, die zunächst sehr unpopulär gewesen sei, jetzt in allen Kreisen wache. Im weiteren Verlauf seiner Rede wandte sich Koch dann der Frage des Eintritts der Deutschnationalen in die Regierung zu und stellte zusammenfassend fest, daß nach seiner Ansicht die deutsche Außenpolitik mit einer solchen Partei am wohlgehabtesten Stelle in der Regierung zur Erlöslosigkeit verurteilt sei. Aber auch innenpolitisch wäre der Eintritt der Deutschnationalen in diesen Augenblick eine schwere Gefahr und würde zu inneren Wirren und damit zu katastrophalen Rückschlägen im Wirtschaftslieben führen. Weiter erklärte der Redner, daß das Anlehnungsbedürfnis der deutschen Volkspartei nach rechts Deutschland von Krise zu Krise führe. Zum Schluß beschied er es als die Aufgabe der Demokratie, den Staat mit Volksgestir zu erfüllen und das Volk mit Staatsgeist. Reichswirtschaftsminister Hanas begrüßte den Anfang der Verhandlung der Völler und die Umbildung und Befreiung der deutschen Wirtschaft. Er ging dann eingehend auf die Meinungsverschiedenheiten in der demokratischen Partei ein und schloß mit der Hoffnung auf eine Ueberbrückung aller Gegensätze. Einstimmig wurde dann eine von Köbler (Berlin) eingebrachte Entschließung angenommen, worin es u. a. heißt, der Parteitag erkenne nach eingehender Aussprache ausdrücklich an, daß der bewährte Weg der Mitte nicht von der Partei verlassen sei. Die Politik der extremen Parteien müsse (soweit außen wie innenpolitisch) machbare, verhängnisvolle Folgen haben. In dem von der Deutschen Volkspartei aufgegebenen Wahlkampf kämpfe die demokratische Partei für eine entschlossene Durchführung der demokratischen Außenpolitik, für die Freimheit des Rheins und des Rheins, für ein Großdeutsches Land, für die Stürke der deutschen Republik und für einen kraftvollen Liberalismus, der die Klassen, Kasten, Rassen und Standesgegenstände überwinde.

Berlin, 2. Nov. Als Ausschuß des demokratischen Reichsbahntages fand heute Nachmittag eine Massenversammlung in dem überfüllten Sportpalast statt, die von künstlerischen Darbietungen umrahmt war. Unter den Anwesenden bemerkte man neben bekannten demokratischen Führern auch den Oberbürgermeister Köhler. Der Parteivorstand Koch wies in einer Ansprache darauf hin, daß die deutsche demokratische Partei nicht herbe, sondern ihre Wiedergeburt erlebe. Koch im letzte Justizrat Falk (Wien) als Rheinländer ein Vorkämpfer zum Deutschtum ab. Der badische Staatsminister Prof. Hellbach begrüßte die Versammlung als Vertreter des alten Freiheitslandes Baden, in dem eine natürliche Demokratie schon vor 1215 geherrscht habe. Das ganze deutsche Volk müsse jetzt endlich mündig werden in der Politik. Frau Dr. Gertrud Hanner begrüßte die Kundgebung als würdigen Auftakt zum Wahlkampf, bei dem es nicht um kleine Dinge gehe, sondern darum, die Schicksalstellung der deutschen Republik zu verteidigen. Als letzter Redner wandte sich General Deimling gegen die Bestrebungen der Wiederherstellung der Monarchie oder der Vorberührung eines Neuanstrebens. Er erklärte, die Ausführung solcher unvernünftlicher Pläne würde Volk und Vaterland in tiefes Elend stürzen. Deutschland könne nur gedeihen auf dem Wege der Völlerverständigung, des Friedens und der Demokratie.

Die künftige Stellung der Reichsbahnbeamten. Das Reichsbahnpersonalgefecht hat auf verschiedenen Gebieten der Reichsbahn-Gesellschaft größere und den Beamten geringere Rechte gegeben, als sie in den Rechtsbeziehungen zwischen Reichsverwaltung und Reichsbeamten besaßen. In diesen Beziehungen ist auch der neue Entwurf der Personalordnung gebunden. Unbegrenzt ist indessen, wie wir von unterrichteter Seite hören, die vielfach verbreitete Annahme, daß der neue Entwurf die bisherige Grundzüge des Personal-Beamtenstands durch einen Uebergang zum Angestelltenrecht besitzeln soll, oder daß die Gesellschaft dazu übergeben will, das umfangreiche Personalverhältnis nach und nach in ein ländliches umzuwandeln. In den Verhandlungen mit den Personalvertretern und den Gewerkschaften sind verschiedene berechtigende Wünsche berücksichtigt worden. Weitere unterliegen zuerst noch der Beratung. Hervorzuheben ist, daß der neue Entwurf der Personalordnung den Reichsbahnbeamten auch wesentliche Vergünstigungen im Vergleich zu den Reichsbeamten bringt. Die Beauftragung der Personalordnung ist im Ubrigen, wie wir hören, noch nicht abgeschlossen. Der endgültige Entwurf wird voraussichtlich erst im Januar herauskommen.

Verbrecherischer Anschlag auf einen Eisenbahnzug.
 Berlin, 3. Nov. Laut „Kontingentspost“ wurde gestern auf dem Vorzug 210, der Fürstberg in Mecklenburg abends 7.57 Uhr verlassen hatte, zwischen den Stationen Trögen und Dannenwalde ein Attentat verübt. An einem Schienenübergang wurde eine 3/4 Meter lange Eisenbahnschiene, die als Warnungsbalken verwendet wurde, von unbekanntem Täter quer über die Gleise gelegt. Diese wurde von dem Zug in 5 Stücke geteilt. Es gelang noch rechtzeitig zu bremsen, bevor die ersten Wagen entgleisten. Man nimmt an, daß der Anschlag auf den wenige Minuten vorher durchgeführten D-Zug Nr. 12 Kopenhagen-Bornemünde-Köln-Neustrelitz beabsichtigt war. Dieser Zug scheint über die Schiene gefahren zu sein. Die Eisenbahndirektion Stettin hat sofort die Untersuchung aufgenommen. Verluste der Arbeiterpartei bei den englischen Gemeindevahlen.

London, 3. Nov. Die ersten Ergebnisse der gestrigen Gemeindevahlen zeigen, daß die Arbeiterpartei keinen Erfolg zu verzeichnen hat, obgleich sie nahezu 100 Kandidaten mehr aufgestellt hatte als die anderen Parteien. In Ashton-under-Lyne und Dover wurde die Arbeiterpartei geschlagen. In Brighton verlor sie 5 Sitze und in der Londoner Vorstadt Croydon 2. Die konservativen Sonntagblätter begrüßen die Ergebnisse als eine Wiederholung der Erfolge der Konservativen bei den Parlamentswahlen.

Vor der amerikanischen Präsidentenwahl.

London, 3. Nov. Der Washingtoner Korrespondent des „Observer“ meldet: Die Präsidentschaftskampagne ist gestern Abend beendet worden. Der Montag wird ein Ruhetag sein, um den Wählern Gelegenheit zu reichlicher Überlegung zu geben. Am Dienstag wird die Wahl stattfinden. Man glaubt, daß die Deutsch-Amerikaner, die Sozialisten und eine Anzahl Demokraten für den Senator La Follette stimmen werden, der der Kandidat der sogenannten dritten oder Fortschrittspartei ist, doch

gilt die Wahl von Coolidge zum Präsidenten und des Generals Dawes zum Vizepräsidenten als sicher.

Der Verkauf des „Todesgases“ verboten.

Das Gesundheitsamt der Stadt New York verbietet den Verkauf des sogenannten „Todesgases“. Zahlreiche Gemeinden des Staates New York sind diesem Beispiel gefolgt. Diese Verbote sind die Folge einer Reihe von Unglücksfällen, die sich in chemischen Fabriken in den Staaten Ohio, New Jersey und an anderen Orten ereignet haben, wo Angestellte durch die Gase des mit Chemikalien behandelten Petroleum irrsinnig geworden sind. Es sind in verschiedenen Unternehmungen Versuche im Gange, um die Wirksamkeit des von Automobilen und anderen Maschinen gebrauchten Benzins zu erhöhen und dieses Betriebsmittel besser auszunutzen. Im ganzen Lande hat sich der Automobilverkehr, also des größten Teils der Bevölkerung, eine erhebliche Erregung bemächtigt, da man befürchtet, daß nicht nur im Laboratorium, sondern auch bei dem Gebrauch des verarbeiteten Benzins sich die gefährlichen Gase entwickeln. Todesfälle infolge des „Todesgases“ sind bisher nur einige zu verzeichnen, doch befinden sich vierzig bis fünfzig Menschen in den Krankenhäusern im Zustand des Irrens. Die Ärzte sagen, daß sie ein Mittel entdeckt hätten, bei dessen Anwendung die Patienten nicht dauernd ohne Verstand wären. Die tröstliche Versicherung der ärztlichen Wissenschaft geht dahin, daß bei Anwendung der neuen Art die Gefahr der Gasvergiftung „nicht schlimmer dran“ ist, als wenn sie an Chlorium tremens litt.

Neue Unruhen in Brasilien.

In Brasilien sind neue militärische Unruhen ausgebrochen. Im Staate Rio Grande do Sul kam es zur Revolte einer Garnison im Innern. Nahe der Grenze Brasiliens sind die sozialen und militärischen Bedrohungen gestiegen. Die Aufständischen legten den Banken und Kaufleuten eine zwangsweise Abgabe auf. Die Revolteure verfügen über 800 Mann, die in gutem Zustand sein sollen. Sie beherrschen anscheinend die brasilianischen Südstaaten mit Ausnahme der Küste. Die Regierung befindet sich in einer sehr schwierigen Lage, da die Zuverlässigkeit des Militärs im allgemeinen zweifelhaft ist.

Stadtpflege Neuenbürg.

Brennholz und Stangen.

Zur Versteigerung kommen am **Wittwoch, den 5. November 1924, abends 7/7 Uhr**, im Rathaus:
 40 Rebstecken I. und 35 Rebstecken II. Klasse,
 240 Bohnenstecken aus der Abt. Hoppeng,
 222 Raummeter Scheidholz-Brennholz aus den Distr. Weinsteige und Nigenberg.

Die Beteiligung an der Versteigerung erstreckt sich auf hiesige Einwohner.

Gemeindesteuern, Holzgelder, Feuerwehrrabgabe.

An die Begleichung der Rückstände und die monatlichen Steuervorauszahlungen wird erinnert. Besondere Zahlungsaufforderung in Form von Steuerzetteln ergeht nicht.

Stadt. Frauenarbeitschule

find in einem der letzten Kurse **14 Meter Baumwolltuch** liegen geblieben. Falls der Eigentümer sich nicht bis **30. November 1924** meldet, wird das Tuch zu wohltätigen Zwecken verwendet.

Stadtpfleger Essig.

Bekanntmachung.

Wir machen darauf aufmerksam, daß für jeden Bichzähler eine **jährliche Mindestabnahme von 33 RWSt.** vorgeschrieben ist, weshalb wir vor unrichtigem Sparen warnen, da der Benutzungsverbrauch am Ende des Rechnungsjahres nachzubehalten ist.

Station Teinach, den 31. Oktober 1924.
Gemeindeverband Elektrizitätswerk Teinach-Station (G. E. T.).

Neuenbürg.

Achtung!
 Bringe den Herren Pferdebesitzern meine **Pferde-Schermaschine** zum Pferde ganz sicheren in empfehlende Erinnerung.
Konrad Krauss, Schmiedmstr.

Stille Teilhaber

von G.-Nr. 50. — werden für ein gutlaufendes Geschäft für sofort gesucht.
 Angebote unter Nr. 150 an die Engtälere-Geschäftsstelle erbeten.

Sand- u. Kiesgrube

ist wieder eröffnet.
A. AULENBACHER & SOEHNE,
 ETTLINGEN I. B. TEL. 2.

Garantierte Dauerbrand-Defen

gleichmäßig erwärmte Zimmer und Kohlen-Expansions erzielend,
Zimmer-Defen, Koch-Defen, Fabriköfen, Wirtschaftsöfen, Waschkessel, Kochherde in großer Auswahl.
 Wiederverkäufern Sonderpreise.
H. Kulsheimer Nachfolger, Pforzheim,
 Eisenhandlung,
 13 Leopoldstrasse 13.

Speisegelberüben,

gesunde haltbare Ware, 3.50 Mark per Zentner empfiehlt
 Landwirt Kimmich, Kleinjachsenheim.
 Mit Bestellung bitte Sade senden!

Bezirks-Arbeitsamt Neuenbürg.

Telefon Nr. 53.
 Zum sofortigen Eintritt suchen wir einen tüchtigen **Terrazzo- oder Plattenleger.**

Forstämter Wildbad und Meßtern.

Brigholz-Verkauf
 am **Wittwoch, den 12. November 1924, vormittags 9 Uhr**, in Wildbad im Rathausaal. 1. Forstamt Wildbad. Aus Abt. Laternenbuckel, Rudenwäldle, Dürenmaderwald: Km.: 350 buch. Klobholz und Anbruchholz, 1 Bl.-Anbruch, 187 Nadelh.-Anbr., 4 Papierroller II. Kl. in Rinde. 2. Forstamt Meßtern. Distr. II Wanne Abt. Heubütte, Kreuzweg, Mistweg, Steinringel, Böschhütte, Ob. Schwarzergrund, Eichhalde, Saurain: Km.: 6 buch. Schtr., 10 ei. und 61. Rührroller, 2 m lg., 18 Bu.-Anbr., 7 St.-Anbr., 1 Bl.-Anbr., 21 Nadelh.-Schtr., 162 Nadelh.-Anbr., Papierroller in Rinde 5 L., 14 II., 14 III. Kl. Losvergehmisse von der Forstdirektion, G. f. P., Stuttgart.

Oberlengenhardt.
 Setze meine 27 Wochen trüchtige **Kuh- und Fahrkuh** dem Verkauf aus.
Kirch Koller.

Billige Möbel!

Neue und gebrauchte: Schränke, Bettstellen, Waschkommoden, Küchenschänke, Büffels, Tische und Stühle, Vertikals, Abstell- u. Bauernische, Herische, Rauch- und Nähische, Blumentrippen, 1 Paravon, 1 Kopierpresse, 1 pol. Sekretär, 1 Cassagrant, eichen, pol. Büffel, Kiste, Matrazen, Sofas, Chaiselongues und v. a.
Schöttle, Pforzheim,
 Dillheimerstraße 18,
 Telefon 2165.

prima Alb-Haser,

Ernte 1923 und 1924, in Waggon- und Teilladungen.
Karl Koch, Laichingen.
Plattfüsse, Senkfüsse, offene Füsse, Salzfluss etc.
 behandelt mit Homöopathie und Naturmitteln H. Maier, Homöopath und Naturheilkundiger, Rennfeldstrasse 21, Pforzheim, Fernruf 2218.

Gräfenhausen.

Ein **Familien-Wohnhaus**, bestehend aus 4 Zimmern, Küche und Gemüsegarten, zu verkaufen. Näheres bei **Theo Brecht, Maler,** Oberhausen.

Zweispänner-Kastenwagen,

auch geeignet für Sägmühle, wegen Aufgabe des Geschäfts.
Adolf Bauer, Fuhrmann.

Zugelaufen

ist mir ein **Wolfs-hund**, Abzuholen innerhalb 4 Tagen gegen Einrückungsgebühr und Futtergeld bei **Eugen Weiß, Postamt.**

Getragene Kleider!

Guterhaltene Damen- und Herrenkleider, mehrere kompl. Anzüge billig zu verkaufen.
Schöttle, Pforzheim,
 Dillheimerstraße 18, Tel. 2165.

Zucht-Farren

verkauft, weil überzählig.
Farrenhalter Reife.

Fräulein,

gefesten Alters, in Kranken- und Kinderpflege erfahren, sucht Betätigung. Würde auch Begleitung von Kranken übernehmen.
 Angebote erbeten unter K. F. 27 an die Engtälere-Geschäftsstelle.

Wollwusch
Buffal-Brigade
 gelbrot-braun
 Brigadewaschzeug, Frauen- und Pflanzens-Bodentuch

Wählen Sie
 beim Einkauf von Schuhen meine preiswerten Artikel. Ich führe beste Qualitätsware in gediegenen Ausführungen. Ich empfehle nachstehendes, sehr vorteilhaftes **Herbst-Angebot:**
 Einige Posten
Herrenstiefel, Fahl., extra stark, M. 9.80
 (nur solange Vorrat)
dto. Rindbov, schöne Form, M. 9.80
Knabenstiefel, dto. schöne Form, M. 7.80
Kinderstiefel, dto. schöne Form, M. 4.60
 Ferner:
Herren-, Damen-, Kinder-Stiefel, prima Rindleder-Rohr- und Arbeiter-Stiefel, sowie einen Posten Hausschuhe in allen Preislagen und Ausführungen.
Besichtigung ohne Kaufzwang!
Schuhhaus Brosnick, Neuenbürg
 Alte Pforzheimerstrasse.

Stoff-Knöpfe
 jeder Art und Größe werden rasch und billig angefertigt bei
Chr. Seyfried, Calmbach,
 Calwerstrasse 18.

Joh. Kressel, Pforzheim
 empfiehlt sich zur Lieferung
sämtl. Ausstener-Artikel, Westen, Jacken usw.,
 in meiner Strickerei hergestellt. Unvergleichbar in Qualität und Preislage.
 Verkaufsstelle und Lager in meinen sämtlichen Artikeln bei
E. Weizinger, Neuenbürg a. G., Nigenstr. 370.